



Geldwäsche und Steuerbetrug – ein nicht zu lösendes Problem? Bericht über die Tagung von Business Crime Control

Anlässlich seiner Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen veranstaltete der Verein *Business Crime Control* am Samstag, dem 24. Juni 2023 auch eine **Fachtagung im Club Voltaire** in Frankfurt am Main.

Viele Jahre lang lief der Cum/Ex-Steuerbetrug trotz frühzeitiger Warnungen und Erkenntnisse, seit 30 Jahren gibt es ein Gesetz zur Geldwäschebekämpfung – dabei gilt die Bundesrepublik als Steueroase und „Geldwäscheparadies“ in Europa. Die Fragestellung der Fachtagung war deshalb auch, ob wir in Deutschland von einem Vollzugsdefizit bestehender Kontrollmöglichkeiten sprechen müssen oder nicht vielmehr von einem strukturellen Problem der Politik, die den privaten Unternehmensbereich immer zuerst unter dem Aspekt des „Standortwettbewerbs“ sieht und den sozialschädlichen und damit demokratiefeindlichen Steuer- und Subventionsbetrug deshalb eher fördert als überwacht und bekämpft. Diese Frage stellte eingangs Herbert Storn, der als neu gewählter Vorsitzender die Veranstaltung moderierte.

Beim Vollzugsdefizit gingen die Steuerfahnderin Birgit Orths und Dirk Peglow, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter e.V. mit. Sie lieferten eine Menge an Beispielen dafür, wie die Effektivität bei der Bekämpfung von Steuerbetrug und Geldwäsche von der Politik regelrecht behindert wird. Da seien selbst Nachbarländer weiter, wie die zugespitzte Aussage von Peglow zeigte: „Wir arbeiten nur mit dem, was uns andere Länder über den Zaun werfen.“ Die Politik setze Justiz und Ermittlungen beim Kampf gegen Geldwäsche und Steuerbetrug oft außer Gefecht, Sorge nicht für genügend gesetzliche Grundlagen, organisatorische Ressourcen und ausreichend Personal.

Birgit Orths zitierte aus ihrem zum Bestseller gewordenen Buch *„Als Steuerfahnderin auf der Spur des Geldes“* und stellte wiederholt die Frage: „Warum tut der Staat das?“ Nämlich Wegsehen! Wo doch mit den geschätzt 100 Milliarden Euro an jährlich entgangenen Geldern Infrastruktur, Bildung und Sozialstaat endlich verbessert werden könnten.



Von BCC wurden folgende Aspekte zur Diskussion gestellt: Die Politik der Privatisierung von Gemeingütern sei keineswegs beendet. „Privat vor Staat“ war Leitlinie von Roland Koch als Ministerpräsident in Hessen, deren markanteste Umsetzung die Privatisierung der Uniklinik Gießen-Marburg ist, aber es gibt auch immer mehr Projekte in Public-Private-Partnership.

BCC-Tagung zum Thema *„Geldwäsche und Steuerbetrug - ein unlösbares Problem?“* im Club Voltaire. Auf dem Podium von links nach rechts: **Herbert Storn**, Vorsitzender von Business Crime Control; **Birgit E. Orths**, Steuerfahnderin und Autorin; **Dirk Peglow**, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter.

Privatisierung kollidiere mit staatlicher Regulierung und vor allem mit dem Gebot der Transparenz. Intransparenz begünstige Geldwäsche und Steuerbetrug. Recht werde dann schnell relativiert zum „Standortfaktor“.

Aber auch die ungeheure Menge an weltweit zirkulierendem Geldkapital, welches das Weltsozialprodukt um das Zwölfwache übersteigt und mit guter Rendite angelegt werden will, übt mit seiner Lobby wesentlichen Druck auf die Politik aus.

Transparenz sei deshalb ein entscheidender Schlüsselbegriff für den Kampf gegen Geldwäsche und Steuerbetrug, gegen Wirtschaftsverbrechen überhaupt. Möglich würde Transparenz durch eine kriminalpräventive Mitbestimmung und damit eine Erweiterung unserer weitgehend auf den politischen Bereich begrenzten Demokratie auf die Wirtschaft.

Transparenz steht zwar im Geldwäschegesetz von 2017. Und auch hier wurden von Orths und Peglow erhebliche Defizite moniert. Zum Beispiel, dass bis zu 30 Prozent der „wirtschaftlich Berechtigten“ bei Immobilien immer noch nicht feststellbar seien.

Einig war man sich, dass das Thema viel stärker in die mediale Öffentlichkeit gehöre, es aber auch eine außergewöhnliche Zivilcourage erfordere, dies zu erreichen. Hier wurde an die vier hessischen Steuerfahnder erinnert, die ihre Standhaftigkeit zunächst mit ihrer Psychiatisierung und Existenzgefährdung bezahlten, wie von Bebenburg und Thieme in ihrem immer noch aktuellen Buch „Ausgekocht“ von 2010 dargestellt haben.

Zuvor hatte Prof. Hans See auf der Mitgliederversammlung von BCC an den kürzlich verstorbenen einstigen Frankfurter Staatsanwalt und späteren Vorsitzenden von BCC Erich Schöndorf erinnert und seine Zivilcourage im sogenannten „Holzschutzmittelverfahren“ der 1980er- und 90er Jahre gewürdigt. Schöndorf führte einen langwierigen Prozess gegen eine Tochterfirma des Chemiekonzerns BAYER und wies mit Hilfe von mutigen Experten wie dem Toxikologen Prof. Wassermann aus Kiel nach, dass deren dioxinhaltiges Holzschutzmittel viele Menschen krank machte. Der Prozess endete schließlich mit einer Geldbuße für das Unternehmen. Die Geschädigten gingen leer aus.

Schöndorf wurde dann Professor für Umweltrecht an der Fachhochschule Frankfurt und versuchte, mit wissenschaftlichen und literarischen Mitteln den Gesamtkomplex Wirtschaftskriminalität in die Öffentlichkeit zu tragen. Zu seinen Veröffentlichungen zählen die Streitschrift „Von Menschen und Ratten. Über das Scheitern der Justiz im Holzschutzmittelskandal“, der Ökothriller „Feine Würze Dioxin“ und zuletzt das Hörbuch „Game over“.



Herbert Storn